

Therapiekosten könnten sich verdoppeln

Gesundheit Der Bundesrat will die Psychologen aus ihrer Abhängigkeit von den Psychiatern befreien. Wie eine neue Studie aber zeigt, wird die Selbstständigkeit der Therapeuten für die Prämienzahler womöglich teuer.

Fabian Renz

Entmutigung, Niedergeschlagenheit oder extreme Nervosität: Rund 15 Prozent der Bevölkerung leiden an psychischen Problemen. Und immer mehr Menschen gehen zu einer Psychologin oder einem Psychologen in die Therapie, wie Erhebungen zeigen. Unzufrieden mit ihrer Situation sind indes auch häufig die Therapierenden – als «Leibeigene» fühlen sich manche gar, so verlaute aus Branchenkreisen. Grund dafür ist ihre Abhängigkeit von den Psychiatern, also ihren Branchenkollegen mit medizinischer Ausbildung. Wer «nur» Psychologie studiert hat, muss sich von einem Arzt anstellen und beaufsichtigen lassen – zumindest wenn er Therapien über die obligatorische Krankenversicherung anbieten will.

Dieses System plant der Bundesrat nun zu ändern. Er hat letztes Jahr Vorschläge gemacht, um den Psychologen mehr Freiheit zu verschaffen. Künftig sollen sie selbstständig über die obligatorische Krankenversicherung abrechnen dürfen. Bedingung wäre dabei, dass die Therapie von einem Arzt verschrieben wird.

Eine halbe Milliarde mehr

Dieses sogenannte Anordnungsmodell hat für die Versicherten einen Nachteil: Es verursacht Kosten, die sich unweigerlich in der Prämienrechnung niederschlagen werden. Der Bund prognostizierte bislang Zusatzbeträge in der Grössenordnung von 100 Millionen Franken. Der Krankenkassenverband Santésuisse hat nun aber in einer neuen Studie die längerfristigen Folgen berechnet und kommt zu einem wesentlich dramatischeren Befund: Im Extremfall könnten die Kosten um bis zu einer halben



Sie fühlen sich diskriminiert: Psychologen und Psychologinnen demonstrieren für bessere Arbeitsbedingungen (November 2018). Foto: Keystone

Milliarde Franken anwachsen. Gegenüber heute entspräche dies rundweg einer Verdoppelung.

Warum fällt die Santésuisse-Prognose so viel pessimistischer aus? Ein Hauptgrund ist, dass der Verband in seine Berechnungen einen Herzenswunsch der Psychologen mit einbezieht: Diese streben nicht nur nach mehr Freiheit, sondern auch nach mehr Verdienst. Ihr Ziel ist es, für Therapiestunden künftig gleich hoch

entlohnt zu werden wie die Psychiater. Die ärztliche Psychotherapie wird derzeit mit 187 Franken pro Stunde vergütet, jene der Psychologen nur mit 135 Franken. Die Föderation der Schweizer Psychologinnen und Psychologen (FSP) hält auf ihrer Website dazu unmissverständlich fest: «Es gibt EINE Psychotherapie, die von Psychiater(innen) und Psycholog(innen) gleichermaßen durchgeführt wird.» Die

Forderung laute daher: «Gleiche Bedingungen und gleicher Lohn für gleiche Arbeit!»

Die geforderte «Lohnleichheit» würde gemäss der Santésuisse-Studie mittelfristig ein Kostenwachstum von 330 Millionen Franken pro Jahr verursachen. Hinzu kommen Effekte wie die gesteigerte Attraktivität des Psychologenerufs – und wo es mehr Psychologen gibt, so die Annahme, gibt es auch mehr Pa-

tienten. Die «Mengeneffekte» seien zwar schwer vorherzusagen, räumen die Autoren der Studie ein. Im Extremfall halten sie aber eine Kostensteigerung von insgesamt rund 500 Millionen Franken für plausibel.

Selbst wenn der Tarif nur halb so stark angehoben wird, könnte die Steigerung immer noch über 300 Millionen Franken betragen. «Das entspricht rund 1 Prämienprozent», warnt

der stellvertretende Santésuisse-Direktor Christoph Kilchenmann. Er bedauert, dass das Bundesamt für Gesundheit die möglichen mittelfristigen Folgen ausgeblendet und damit eine «allzu optimistische» Berechnung präsentiert habe.

Santésuisse stelle sich nicht grundsätzlich gegen das Anordnungsmodell, betont Kilchenmann. Höhere Tarife für die Psychologen kommen für ihn aber nicht infrage. Und man müsse sicherstellen, dass nicht alle Ärzte, sondern nur jene mit spezifischer Qualifikation eine Therapie anordnen könnten.

«Angemessene» Löhne nötig

Philipp Thüler, Sprecher des Psychologinnenverbands FSP, hält Spekulationen über die künftigen Tarife für wenig sinnvoll: «Die Verhandlungen beginnen ja erst.» Thüler erinnert aber an das Ziel der Übung: «Es gibt im Moment zu wenig Therapieplätze, die von der Grundversicherung finanziert werden, und der Bund will die Versorgung verbessern. Das ist der Grund, weshalb wir zum Anordnungsmodell wechseln müssen. Um eine qualitativ hochstehende Versorgung zu sichern, müssen Psychotherapeuten auch angemessen entlohnt werden.» Für unbegründet hält er Befürchtungen, wonach unter dem neuen System auch eigentlich gesunde Leute den Therapeuten aufsuchen würden: «Eine Psychotherapie macht niemand einfach so zum Spass.»

Wenn der Bundesrat entschieden wird, ist unklar. Das zuständige Bundesamt wertet derzeit die eingegangenen Antworten aus. Vor allem die bürgerlichen Parteien beurteilen den Systemwechsel skeptisch. Die Psychologen werden noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen.

SVP-Hardliner erhalten Auftrieb

Parteikurs Im Aargau wird Andreas Glarner zum neuen Kantonalpräsidenten gewählt. Und Christoph Blocher kanzelt die Kompromissbereiten ab.

Immer mehr konsensorientierte SVP-Politiker wagten sich in den letzten Tagen aus der Deckung. Besonders deutlich trat etwa der Präsident der Schwyzer SVP ins Rampenlicht: Mehrfach betonte Roland Lutz, dass die SVP kompromissfähiger werden müsse. Der harte Kurs komme bei der Bevölkerung nicht gut an.

Dann kam der Mittwoch: Der als gemässigt geltende Aargauer Grossrat Rolf Jäggi unterlag dem knallharten, national bekannten Asylpolitiker Andreas Glarner. Das Votum der über 300 Delegierten war überraschend deutlich: Der Hardliner aus Oberwil-Lieli wurde mit fast doppelt so vielen Stimmen wie sein Konkurrent zum neuen Kantonalpräsidenten gewählt.

Das sei ein deutliches Zeichen der Basis, ist der Zürcher SVP-Nationalrat Mauro Tuena überzeugt: «Unsere Leute wollen einen harten Kurs, mit Nettigkeiten kann man nur verlieren.» Auch SVP-Übervater Christoph Blocher wies seine Frauen und Männer am Mittwoch in die



Andreas Glarner, Präsident der SVP Kanton Aargau. Foto: Keystone

Schranken. Zu Radio SRF sagte er, es seien in der Regel Faulpelze, die von der SVP mehr Kompromissbereitschaft wünschten: «Wenn sie einfach das machen, was die anderen machen, müssen sie nicht arbeiten.»

Bauer oder Banker

Was bedeutet dies für die derzeit laufende Suche nach einem neuen Präsidenten? Eine Eigenschaft stellt Blocher in den Vordergrund: Er müsse nicht nur politisieren, sondern auch führen können. Für Glarner und den überwiegenden Teil der Aargauer SVP ist die Stossrichtung klar: Die SVP muss wieder angreifen

und die Probleme beim Namen nennen. «Wir müssen wieder dort hinschauen, wo andere weg schauen», ergänzt Tuena.

Die beiden meistgenannten Kandidaten für das Präsidium, der Bauer Marcel Dettling aus Schwyz und der Banker Thomas Matter aus Zürich, halten sich bedeckt. Blocher will sich nicht festlegen und sagt es so: «Wenn er ein Banker ist, braucht er eine gewisse Mentalität eines Bauern, wenn er ein Bauer ist, muss er über die Landwirtschaft hinaus blicken können.»

Die Sympathien bei der Fraktion liegen eher beim bodenständigen Innerschweizer. Zurzeit ist die Findungskommission unter der Leitung von Caspar Baader auf der Suche nach möglichen Kandidatinnen oder Kandidaten. Gewählt wird an der Delegiertenversammlung vom 28. März.

Die «Weltwoche» schliesslich bringt in der neusten Ausgabe Bundesrat Ueli Maurer als neuen Präsidenten ins Spiel. Das sei an der Bad-Horn-Tagung im vertrauten Kreis als Option disku-

tiert worden. Alle von dieser Zeitung angefragten Parlamentarier loben Maurers Fähigkeiten.

Köppel als Präsident

«Weltwoche»-Chef Roger Köppel definiert in seinem Editorial ein klares Profil. Jetzt stehe die «Mutter aller Schlachten», der Kampf um das institutionelle Rahmenabkommen, im Fokus: «In diesem Scheinwerfergewitter sollte der Präsident, sollte die Präsidentin nicht nur bestehen, sondern auch abräumen und überzeugen können: allein gegen alle anderen und die Medien.»

Bringt sich da Roger Köppel selbst ins Spiel? Schliesslich ist er in der SVP verantwortlich für das EU-Dossier und durch den Ständeratswahlkampf gestählt als Kämpfer gegen alle anderen und die Medien.

Auf Anfrage winkt Köppel ab. Er stehe für Funktionen in der Hierarchie der Partei nicht zur Verfügung. «Das geht nicht als Journalist und Chefredaktor.»

Gregor Poletti

Pierre Maudet belastet ehemaligen Regierungspräsidenten

Justiz Das Strafverfahren gegen den Genfer Staatsrat Pierre Maudet (FDP) wegen Vorteilsannahme bringt immer mehr Leute in Bedrängnis. Das neuste «Opfer»: Der ehemalige Staatsratspräsident François Longchamp (FDP). Radio RTS berichtete, die Genfer Hotelkette Manotel habe neben Maudet auch Longchamp finanziell unterstützt. Für seinen Wahlkampf 2013 habe er 25 000 Franken erhalten. Das Geld floss nicht direkt an Longchamp. Es landete in der Vereinskasse des «Cercle Fazy-Favon», der der Führung der FDP Genf nicht bekannt war und Maudet wie auch Longchamp dazu diente, Projekte voranzutreiben.

Bislang interessierte sich die Staatsanwaltschaft vor allem für die Finanzflüsse von Manotel zu Pierre Maudet. An der neuen Wendung ist pikant, dass es gemäss RTS Maudet selbst war, der die Staatsanwaltschaft über den Geldfluss zu Longchamp informierte. Er tat dies in einer Einvernahme im September 2019. Maudet betonte, er selbst habe die Verbindungen zwischen Longchamp und Manotel geschaffen, sich beim Direktor der

Hotelgruppe bedankt und diesem mitgeteilt, dass sein Parteikollege «die Unterstützung akzeptiert».

Recherchen dieser Zeitung bestätigen, dass die Hotelgruppe 2013 einen hohen Betrag an den Verein «Cercle Fazy-Favon» überwies. Longchamp schloss gegenüber Radio RTS jedoch aus, «Geld oder Dienstleistungen» von Manotel bezogen zu haben – weder direkt noch indirekt.

Der Genfer FDP-Präsident Bertrand Reich will sich nicht äussern. In der Partei wird Maudets Aussage so interpretiert, dass er seinen Parteikollegen Longchamp anschwärzen will, um sich selbst zu entlasten.

Bekannt ist, dass Manotel auch dem CVP-Staatsrat Serge dal Busco 10 000 Franken überwies hat. Das Geld erhielt dal Busco 2018, zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang der Regierungswahlen. Der damalige Finanz- und heutige Verkehrsdirektor zahlte das Geld dem Absender zurück, nachdem die «Affäre Maudet» ins Rollen gekommen war.

Philippe Reichen